

DIE LINKE Birkenfeld - Haushaltsrede Januar 2025 für Haushalt 2025

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Landrat, ich bedanke mich bei Herrn Kowalski, Herrn Scherer und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kreisverwaltung für den vorgelegten Haushaltsentwurf in einer schwierigen Zeit und will die Gelegenheit nutzen, einige Punkte aus Sicht der LINKEN anzusprechen.

Auch wenn nicht alle Fraktionen die Möglichkeit genutzt hatten, habe ich als Mitglied der sogenannten „**Haushaltsfindungskommission**“, die nach Streichmöglichkeiten suchen sollte, mir aufmerksam die sehr detaillierte Vorstellung der Teilhaushalte der jeweiligen Fachabteilungen angehört. Meiner Meinung nach hat das alles Hand und Fuß und **mit gutem Gewissen kann man absolut nichts streichen**.

Aktuelle Investitionen in Personal, Jugendhilfe, Infrastruktur und so weiter stellen sicher, dass der Kreis nicht in einigen Jahren **ein Vielfaches der heutigen Summen** ausgeben muss. Auch die wenigen freiwilligen Leistungen sind sehr sinnvoll eingesetzt und verhindern spätere Belastungen.

Der Erhalt der beiden Krankenhäuser im Kreis mit ihrem überaus kompetenten und engagierten Personal, das auch bei einem Notfall mitten in der Nacht sofort hilft, muss uns jede Mühe wert sein.

Die beschlossene finanzielle Unterstützung durch den Kreis ist notwendig, **damit werden Leben gerettet**.

Auch die rund 8,7 Millionen Euro an Investitionen in die Schulen, in zusätzliche Klassenräume oder gar Erweiterungsbauten wie in der Realschule Plus in Birkenfeld und **nach langen Jahren endlich** die Sportplatzneugestaltung auf der Bein, sind absolut erforderlich.

Die FDP kritisiert die mangelnde Digitalisierung im Kreis. Mein Eindruck ist ein anderer. Auf Einladung der Realschule Plus Birkenfeld habe ich gemeinsam mit Landrat Miroslav Kowalski und dem Landtagsabgeordneten Hans-Jürgen Noss vor einigen Wochen an der Eröffnung des sogenannten „Maker Spaces“ teilgenommen. Entwurf und Druck von 3-D-Gegenständen, modulare Programmierung und die Manipulation von Bild- und Filmmaterial waren durchaus beeindruckend und zeigen, dass das Geld für Digitalisierung ebenfalls sehr gut angelegt ist. Insbesondere die gute Zusammenarbeit mit dem Umwelt-Campus ist hervorzuheben.

Das ÖPNV-Angebot auch weiterhin zu optimieren ist sinnvoll und notwendig, dafür kann an verschiedenen Stellschrauben gedreht werden.

Das Angebot aber insgesamt wieder zurückzufahren ist der falsche Weg.

Insbesondere die Bedürfnisse unserer älteren Mitbürger müssen berücksichtigt werden. Dazu weise ich auch gerne auf die Masterarbeit des EU-Kommissions-Mitgliedes Rahel Crummenauer zum Thema „Mobilität im ländlichen Raum“ hin.

Sie zeigt, dass verschiedene Barrieren vorhanden sind, die Menschen daran hindern, den Bus in ihre regelmäßigen Mobilitätsgewohnheiten zu integrieren. Die am häufigsten festgestellte psychologische Barriere war die bisherige finanzielle Investition in das Auto, und eine soziologische Barriere war zum Beispiel die erforderliche Kompetenz für die Nutzung des Busses.

Wer bisher ein Auto benutzt, wird erst bei einem anstehenden Neukauf über Alternativen nachdenken und dann muss man diesen Personen durch entsprechende Hilfe und Informationen den Umstieg so einfach wie möglich machen.

Die bevorstehende Werksschließung von Voestalpine war zwar schon seit mehr als 4 Jahren erwartet worden, ist aber trotzdem ein schwerer Schlag für die Belegschaft. Gleichwertige und gut bezahlte Arbeitsplätze zu finden dürfte trotz der zugesagten Unterstützung von Kreisverwaltung und Wirtschaftsförderung schwer sein.

Man kann nur hoffen, dass sich in Zukunft mit der von der LINKEN befürworteten Industrieansiedlung im Industrie- und Gewerbegebiet „Ökompark Heide-Westrich“ die Arbeitsmarktsituation im Kreis wieder etwas entspannen wird.

Die von Landrat Kowalski eingeführten öffentlichen Einbürgerungsfeiern in einem festlichen Rahmen im Schloß Birkenfeld begrüße ich sehr, zeigt sich dabei doch die ganze Bandbreite in welchen Bereichen Zugewanderte mittlerweile im Kreis beschäftigt sind . Als Produktionsmitarbeiter, Kranken- und Pflegekräfte, Ärzte und Ingenieure helfen sie dabei unseren Wirtschaftsstandort zu sichern.

Unter dem von der LINKEN beantragten Tagesordnungspunkt „Wohnraumsituation im Kreis Birkenfeld“ wurde durch den Bericht von Herrn Schunk von der Kreissiedlungsgesellschaft deutlich, dass vieles im Argen liegt und die Wohnungsnot mittlerweile **weit** größer ist als selbst von uns befürchtet.

Bis 2029 sollen jetzt noch amerikanische Einheiten nach Baumholder verlegt werden, **ohne** dass die US-Army ausreichend zusätzlichen Wohnraum schaffen will. Das beabsichtigte Anmieten von **200 bis 300** zusätzlichen Wohnungen auf dem Markt durch die US-Army, und das sage ich ganz unideologisch, **wird die bereits bestehende Wohnungsnot im Kreis Birkenfeld noch einmal extrem verschärfen.**

Ich kann nur noch einmal an die Kreisverwaltung, aber in erster Linie natürlich an Land und Bund appellieren, das Problem nicht auf die leichte Schulter zu nehmen.

Insbesondere durch das Fehlen von Sozialwohnungen sind zunehmende soziale Spannungen und das Erstarken rechtsextremer Kräfte vorprogrammiert.

Die **Verantwortung** für den nicht ausgeglichenen Haushalt liegt bei der rheinland-pfälzischen Landesregierung aus SPD, Grünen und FDP, die sich seit vielen Jahren einer auskömmlichen Finanzausstattung der Kreise verweigert. Und auch bei der Bundesregierung.

Auch die medienwirksam inszenierte Überreichung eines Förderbescheides der Landesregierung durch Innenminister Ebeling von 51 Millionen Euro aus dem kommunalen Entschuldungsprogramm ist nicht ausreichend.

Die ADD ist in vielen Bereichen sicherlich sinnvoll, bei den Haushaltsaufstellungen ist sie aber mittlerweile zu einem **reinen Erfüllungsgehilfen** der rot-grün-gelben Landesregierung geworden und hat die Kommunen fest in ihrem Würgegriff.

Berechtigte Forderungen des Landkreistages nach mehr Geld für die Kommunen, damit diese ihre Pflichtaufgaben erfüllen können, werden seit vielen Jahren schlicht ignoriert.

Stattdessen werden die Kreise erpresst die Kreisumlage zu erhöhen und damit den nachgeordneten Kommunen und schlussendlich den Bürgerinnen und Bürgern immer weiter in die Tasche zu greifen.

Dass Kommunen jetzt wieder die Landesregierung verklagen ist berechtigt, denn echte Mitbestimmung und Mitgestaltung ist in den Gemeinden oft nicht mehr möglich. Damit verstößt die Landesregierung gegen Artikel 49 der rheinland-pfälzischen Landesverfassung, in dem steht „Das Recht der Selbstverwaltung ihrer Angelegenheiten ist den Gemeinden und Gemeindeverbänden gewährleistet. Die Aufsicht des Staates beschränkt sich darauf, dass ihre Verwaltung im Einklang mit den Gesetzen geführt wird.“

Vor diesem Hintergrund:

DIE LINKE hat nie und wird nie einem Kreishaushalt zustimmen, der eine Erhöhung der Kreisumlage vorsieht und zu einer Mehrbelastung der Bürgerinnen und Bürger, aber auch der vielen mittelständischen Unternehmen im Kreis führt.

Rainer Böß,
DIE LINKE Birkenfeld (im Januar 2025)